

Initiativantrag

der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend die Festsetzung der deutschen Sprache als Schulsprache in den oberösterreichischen Schulen

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich beim Präsidenten des Landesschulrates dafür einzusetzen, jene Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, dass in oberösterreichischen Schulen die grundsätzliche Verwendung der deutschen Sprache zur Verständigung im Schulgebäude und am Schulgelände auch in den Pausen sowie vor, zwischen und nach den Unterrichtseinheiten zur Norm erhoben wird.

Begründung

Der Anteil von Kindern in Oberösterreich, die nicht die deutsche Sprache als Muttersprache haben, steigt von Jahr zu Jahr. Beispielsweise lag deren Anteil in Kinderbetreuungseinrichtungen der Gemeinde Wels mit Stichtag 15. Oktober 2008 bereits bei 49 Prozent, jener der Gemeinde Traun bei 54 Prozent.

Vor allem diese Kinder aus fremden Kulturkreisen weisen teils erhebliche Defizite beim Beherrschen der deutschen Sprache auf. Dies ist aber Grundvoraussetzung für das Erlangen eines zufrieden stellenden und für das Berufsleben notwendigen Schulabschlusses.

Die Praxis zeigt, dass sich Kinder mit nicht deutscher Muttersprache vor allem in den Schulen untereinander ausschließlich in ihrer Muttersprache unterhalten. Gerade in der Schule bestünde aber die Möglichkeit und vor allem auch die Notwendigkeit, die deutsche Sprache durch tägliches Üben in Alltagssituationen perfekt zu erlernen.

Die Verpflichtung zur Verwendung der deutschen Sprache als Schulsprache stellt aber vor allem auch einen Beitrag zur besseren Integration dar.

Aus den genannten Gründen ist der Präsident des Landesschulrates gefordert, entsprechende Maßnahmen zur verpflichtenden Verwendung der deutschen Sprache als Schulsprache zu ergreifen.

Linz, am 8. Juli 2010

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Wall, Schießl, Cramer, Steinkellner, Lackner, Nerat, Povysil